

# Initiative „Volksbegehren Soziales Berlin“

<http://www.volksbegehren-soziales-berlin.de>

[kontakt@volksbegehren-soziales-berlin.de](mailto:kontakt@volksbegehren-soziales-berlin.de)



## Presseerklärung

Sperrfrist: Mittwoch, 14. Juli 2004, 13.00 Uhr

### Initiative Volksbegehren nimmt Herausforderung der Staatsanwaltschaft an

**Zur erwarteten Anklageerhebung der Staatsanwaltschaft gegen Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD), Staatssekretär Volkmar Strauch (SPD) und den ehemaligen Bausenator Peter Strieder (SPD) wegen Verdachts der Untreue beim Bau des Tempodroms erklärt der Sprecher der Initiative „Volksbegehren Soziales Berlin“, Rouzbeh Taheri:**

„Die Staatsanwaltschaft Berlin hat das Tempo zum Sturz des Senats erhöht. Wir sehen das sportlich und nehmen die Herausforderung an. Noch im Juli wollen wir die 20.000-Unterschriften-Grenze sprengen.“

Die Initiative begrüßt die Ankündigung des parlamentarischen Geschäftsführers Christian Gaebler (SPD), an Sarrazin auch dann festzuhalten, wenn Anklage erhoben wird. „Ein solcher Realitätsverlust bringt die SPD unter 20 Prozent und beschleunigt die Senats-Dämmerung“, so Taheri.

Die Initiative hatte erst am 30. Juni in einem offenen Antwortbrief an die PDS-Abgeordnetenhausfraktion den Rücktritt Strauchs wegen dessen dubioser Rolle beim Verkauf der Müllentsorgungsanlage „Schwarze Pumpe“ gefordert. Nach Berechnungen des Rechnungshofs wurde das Land um bis zu 39,4 Millionen € geschädigt.

Nach Einschätzung der Initiative stehen die Vorgänge beim Tempodrom exemplarisch für den neuen rot-roten Korruptionskomplex. So hat die Staatsanwaltschaft auch bei der BVG Ermittlungsverfahren wegen der Gehalts- und Dienstwagenexplosion eingeleitet. Auch hier trägt Sarrazin als Aufsichtsratsvorsitzender die Verantwortung für das 2,8 Millionen € Geschenk an die Besserverdienenden.

Während den BVG-Beschäftigten 30%-Lohnkürzung zugemutet und den Armen das Sozialticket geraubt wird, hatte Sarrazin nichts gegen 80 neue Dienstwagen und Luxusgehälter für seine Freunde im Vorstandsbereich einzuwenden. Dazu Taheri: „Der rot-rote Mentalitätswechsel besteht heute konkret darin, dass die Berliner Studierenden für die Dienstwagen zahlen sollen, indem Verkehrsverbund und Senat ein kostenneutrales und damit faires Semesterticket verweigern. Diese Politik hat System und gehört abgewählt. Da nützt es auch nichts, wenn SPD-Innensenator Körting GdP-Pappkameraden verhaften lässt.“

**Weitere Infos:**    **Rouzbeh Taheri**  
                          **Michael Prütz**

**0177-643.84.98**  
**0172-916.98.00**